

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5
Bereich: Schulen
Bearbeitet von: V. Dancker

Siegen, 27.07.2023

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Schule und Bildung

24.10.2023

Kurzbezeichnung:

**Schulentwicklungsplanung 2023/2024 - 2027/2028
- Schülerzahlenprognose -**

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schule und Bildung nimmt die Analyse der Schülerzahlenprognose für die städtischen Schulen zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Ausgangssituation

Im Jahr 2022 wurden folgende Maßnahmen im Zuge der Schulentwicklungsplanung beschlossen:

- Errichtung einer vierzügigen „Gesamtschule Am Rosterberg“ zum Schuljahr 2023/2024 inklusive Errichtung eines dauerhaften Teilstandorts sowie
- sukzessive Auflösung der Achenbacher Schule, der Realschule Auf der Morgenröthe und der Realschule Am Oberen Schloss ab dem Schuljahr 2023/2024.

Im Nachgang dazu wurde ein Bürgerentscheid durchgeführt, mit dem Ergebnis, dass alle von der Auflösung betroffenen Schulen am Anmeldeverfahren 2023/2024 teilnehmen durften. Aufgrund nicht ausreichender Anmeldezahlen konnten an der Achenbacher Schule und der Realschule Auf der Morgenröthe keine Eingangsklassen gebildet werden.

I. Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 80 Abs. 5 des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Schulgesetz NRW - SchulG) müssen in der Schulentwicklungsplanung die folgenden inhaltlichen Anforderungen Berücksichtigung finden:

- das gegenwärtige und zukünftige Schulangebot nach Schulformen, Schularten, Orten des Gemeinsamen Lernens, Schulgrößen (Schülerzahl, Klassen pro Jahrgang) und Schulstandorten,
- die mittelfristige Entwicklung des Schüleraufkommens, das ermittelte Schulwahlverhalten der Eltern und die daraus abzuleitenden Schülerzahlen nach Schulformen, Schularten, Orten des Gemeinsamen Lernens und Jahrgangsstufen,
- die mittelfristige Entwicklung des Schulraumbestandes nach Schulformen, Schularten, Orten des Gemeinsamen Lernens und Schulstandorten.

Schulträger sind gemäß § 81 Abs. 1 SchulG verpflichtet, durch schulorganisatorische Maßnahmen angemessene Klassen- und Schulgrößen zu gewährleisten. Sie legen hierzu die Schulgrößen (Zügigkeiten) fest und stellen sicher, dass in den Schulen Klassen nach den Vorgaben des Ministeriums (§ 93 Abs. 2 Nr. 3 SchulG) gebildet werden können.

Beschlüsse des Schulträgers über die Errichtung, Änderung und Auflösung von Schulen bedürfen gemäß § 81 Abs. 3 SchulG der Genehmigung durch die obere Schulaufsichtsbehörde.

Bei der Auflösung von Schulen muss nach § 80 Abs. 3 SchulG gewährleistet sein, dass das Angebot in zumutbarer Entfernung erreichbar bleibt, soweit dafür ein Bedürfnis besteht.

Mindestgröße

Schulen müssen gemäß § 82 Abs. 1 SchulG die für einen geordneten Schulbetrieb erforderliche Mindestgröße haben.

a) Grundschulen

Grundschulen müssen bei der Errichtung mindestens zwei Parallelklassen pro Jahrgang haben, bei der Fortführung mindestens 92 Schülerinnen und Schüler (§ 82 Abs. 2 SchulG).

Nach § 83 Abs. 1 SchulG können Grundschulen mit weniger als 92 und mindestens 46 Schülerinnen und Schülern nur als Teilstandorte geführt werden (Grundschulverbund), wenn der Schulträger deren Fortführung für erforderlich hält. In Ausnahmefällen können mit Genehmigung der oberen Schulaufsichtsbehörde auch Teilstandorte mit weniger als 46 Schülerinnen und Schülern fortgeführt werden.

b) weiterführende Schulen

Die Mindestgröße von Hauptschulen ergibt sich aus § 82 Abs. 3 SchulG. Grundsätzlich müssen Hauptschulen mindestens zwei Parallelklassen pro Jahrgang haben. Eine Hauptschule kann mit einer Klasse pro Jahrgang fortgeführt werden, wenn den Schülerinnen und Schülern der Weg zu einer anderen Hauptschule mit mindestens zwei Parallelklassen pro Jahrgang nicht zugemutet werden kann oder sich aus dem Standort der Hauptschule und der Schulentwicklungsplanung ergibt, dass ihre Fortführung für die soziale und kulturelle Entwicklung der Gemeinde von entscheidender Bedeutung ist und diese Aufgabe von einer anderen weiterführenden Schule nicht übernommen werden kann.

Gemäß § 132 c SchulG kann der Schulträger einer Realschule zur Sicherung von Schullaufbahnen dort ab Klasse 7 einen Bildungsgang einrichten, welcher zu den Abschlüssen der Hauptschule führt.

Realschulen müssen nach § 82 Abs. 4 SchulG mindestens zwei Parallelklassen pro Jahrgang haben. Eine Realschule kann bei Unterschreitung der Mindestgröße fortgeführt werden, wenn sich aus der Schulentwicklungsplanung ergibt, dass dies im Planungszeitraum nur vorübergehend der Fall ist und den Schülerinnen und Schülern der Weg zu einer anderen Realschule mit mindestens zwei Parallelklassen pro Jahrgang nicht zugemutet werden kann.

In der Sekundarstufe I müssen Gymnasien nach § 82 Abs. 6 SchulG bei der Errichtung mindestens drei Parallelklassen pro Jahrgang haben, bei der Fortführung mindestens zwei Parallelklassen. Wird diese Mindestgröße unterschritten, kann ein Gymnasium fortgeführt werden, wenn sich aus der Schulentwicklungsplanung ergibt, dass dies im Planungszeitraum nur vorübergehend der Fall ist und den Schülerinnen und Schülern der Weg zu einem anderen Gymnasium mit mindestens zwei Parallelklassen pro Jahrgang nicht zugemutet werden kann.

Die Mindestgröße an Gesamtschulen ergibt sich aus § 82 Abs. 7 SchulG. Demnach müssen Gesamtschulen bis Klasse 10 mindestens vier Parallelklassen pro Jahrgang haben. Wird diese Mindestgröße unterschritten, kann eine Gesamtschule fortgeführt werden, wenn sich aus der Schulentwicklungsplanung ergibt, dass dies im Planungszeitraum nur vorübergehend der Fall ist und den Schülerinnen und Schülern der Weg zu einer anderen Gesamtschule mit mindestens vier Parallelklassen pro Jahrgang nicht zugemutet werden kann.

In der gymnasialen Oberstufe ist gemäß § 82 Abs. 8 SchulG eine Jahrgangsbreite von mindestens 42 Schülerinnen und Schülern im ersten Jahr der Qualifikationsphase erforderlich. Das Ministerium kann Ausnahmen von dieser Mindestgröße zulassen.

Das Weiterbildungskolleg hat in der Regel eine Mindestzahl von 240 Teilnehmerinnen und Teilnehmern (§ 83 Abs. 9 SchulG). Bestehende Einrichtungen (Abendrealschule, Abendgymnasium, Kolleg) können als Weiterbildungskolleg fortgeführt werden, sofern sie als Abendrealschule mindestens 160, als Abendgymnasium oder Kolleg mindestens 240 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben. Ein Weiterbildungskolleg kann auch fortgeführt werden, wenn den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Weg zu einer anderen Bildungseinrichtung, die einen entsprechenden Abschluss vermittelt, nicht zugemutet werden kann.

Im Rahmen der Beschlussfassung des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes wurde im Oktober 2013 die Verordnung über die Mindestgröße der Förderschulen und der Schulen für Kranke (*jetzt: Klinikschulen*) (MindestgrößenVO) erlassen.

Mit einer zweiten Verordnung ist diese im Dezember 2018 im Zuge der Neuausrichtung der Inklusion abgeändert worden, so dass gemäß § 1 Abs. 1 MindestgrößenVO für die Errichtung und die Fortführung öffentlicher Förderschulen im Bereich der Primarstufe und der Sekundarstufe I grundsätzlich die folgenden Mindestgrößen gelten:

- | | |
|---|---|
| • Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen | 112 Schüler/innen
84 Schüler/innen an Schulen mit allein der Sekundarstufe I
28 Schüler/innen an Schulen mit allein mit der Primarstufe |
| • Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Sprache | 55 Schüler/innen an Schulen der Primarstufe
66 Schüler/innen an Schulen der Sekundarstufe I |
| • Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung | 88 Schüler/innen an Schulen der Primarstufe und Sekundarstufe I
33 Schüler/innen an Schulen der Primarstufe
55 Schüler/innen an Schulen der Sekundarstufe I |
| • Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Hören und Kommunikation sowie mit dem Förderschwerpunkt Sehen | jeweils 100 Schüler/innen |
| • Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Körperliche und motorische Entwicklung | 100 Schüler/innen |
| • Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung | 50 Schüler/innen |
| • Förderschulen im Verbund | 112 Schüler/innen
84 Schüler/innen an Schulen mit allein der Sekundarstufe I
28 Schüler/innen an Schulen mit allein der Primarstufe |

Förderschulen können nach § 1 Abs. 2 MindestgrößenVO in einem begründeten Fall mit Genehmigung der oberen Schulaufsichtsbehörde an Teilstandorten in zumutbarer Entfernung geführt werden. In diesen Fällen ist an jedem Teilstandort mindestens die Hälfte der o.g. Mindestschülerzahlen notwendig.

Wird der Teilstandort einer Förderschule in der Sekundarstufe I mit den Förderschwerpunkten der Lern- und Entwicklungsstörungen an einer allgemeinen Schule eingerichtet (Förder-

schulgruppe), sind dafür nach § 1 Abs. 2 Satz 3 MindestgrößenVO abweichend von den für Förderschulen im Verbund geltenden Mindestschülerzahlen 42 Schülerinnen und Schüler erforderlich.

Gemäß § 2 Abs. 1 S. 2 MindestgrößenVO sind die erforderlichen schulorganisatorischen Beschlüsse mit Wirkung spätestens zum Schuljahr 2023/2024 durch die Schulträger zu fassen.

Klassenbildung

Die Klassen werden gemäß §§ 6 und 6a der Verordnung zur Ausführung des § 93 Abs. 2 Schulgesetz (VO zu § 93 Abs. 2 SchulG) vom 18.03.2005 zuletzt geändert durch Verordnung vom 25. Mai 2023 gebildet.

a) Grundschulen

Die Regelungen zur Klassenbildung an Grundschulen ergeben sich aus § 6a der VO zu § 93 Abs. 2 SchulG.

Danach beträgt die Zahl der zu bildenden Eingangsklassen an einer Grundschule für jahrgangsbezogenen und jahrgangsübergreifenden Unterricht bei einer Schülerzahl von:

- bis zu 29 eine Klasse,
- 30 bis 56 zwei Klassen,
- 57 bis 81 drei Klassen,
- 82 bis 104 vier Klassen.

Die Zahl der nach dieser Regelung zu bildenden Klassen kann aus pädagogischen, schulorganisatorischen oder baulichen Gründen unterschritten werden.

Es gilt die Bandbreite von 15 bis 29 Schülerinnen und Schülern. Gebildete Klassen werden grundsätzlich unabhängig von später eintretenden Schülerzahlveränderungen fortgeführt.

Im Gebiet eines Schulträgers darf die Zahl der zu bildenden Eingangsklassen die kommunale Klassenrichtzahl nicht überschreiten. Die kommunale Klassenrichtzahl wird ermittelt, indem die Schülerzahl der zu bildenden Eingangsklassen einer Kommune durch 23 geteilt wird. Ergibt sich ein Rechenwert von größer 30, wird auf die darunterliegende ganze Zahl abgerundet.

Der Schulträger entscheidet unter Einhaltung der kommunalen Klassenrichtzahl über die Zahl und die Verteilung der zu bildenden Eingangsklassen auf die Schulen und Teilstandorte. Er kann die Zahl der in die Eingangsklassen aufzunehmenden Schülerinnen und Schüler einer Grundschule oder mehrerer Grundschulen begrenzen, wenn dies für eine ausgewogene Klassenbildung innerhalb einer Gemeinde erforderlich ist oder besondere Lernbedingungen (z.B. Inklusion) oder bauliche Gegebenheiten berücksichtigt werden sollen (§ 46 Abs. 3 SchulG).

Sofern ein von der Schulaufsicht gebilligtes Konzept vorliegt, können Grundschulen oder Teilstandorte, an denen keine Klasse mit mindestens 15 Schülerinnen und Schüler gebildet werden kann, den Unterricht von jahrgangsbezogen auf jahrgangsübergreifend umstellen.

Jedes Kind hat gemäß § 46 Abs. 3 SchulG einen Anspruch auf Aufnahme in die seiner Wohnung nächstgelegenen Grundschule der gewünschten Schulart in seiner Gemeinde im Rahmen der vom Schulträger festgelegten Aufnahmekapazität, soweit der Schulträger keinen Schuleinzugsbereich gebildet hat.

b) weiterführende Schulen

Die Klassen an weiterführenden Schulen werden gemäß § 6 der VO zu § 93 Abs. 2 SchulG auf der Grundlage von Klassenfrequenzrichtwerten, Klassenfrequenzhöchstwerten und Klassenfrequenzmindestwerten sowie Bandbreiten in der Regel als Jahrgangsklassen gebildet.

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler einer Klasse soll den Klassenfrequenzrichtwert nicht unterschreiten. Sie darf nicht über dem Klassenfrequenzhöchstwert und nicht unter dem Klassenfrequenzmindestwert (50 Prozent des Klassenfrequenzhöchstwertes) liegen, wobei die Verordnung Ausnahmen vorsieht.

Die Zahl der von der Schule zu bildenden Klassen (Klassenrichtzahl) ergibt sich dadurch, dass die Schülerzahl der Schule durch den jeweiligen Klassenfrequenzrichtwert geteilt wird. An Schulen einer Schulform im Gebiet desselben Schulträgers sollen möglichst gleich starke und dem Klassenfrequenzrichtwert entsprechende Klassen gebildet werden.

Hauptschulen

Der Klassenfrequenzrichtwert beträgt 24. Es gilt die Bandbreite 18 bis 30.

Realschulen, Gymnasien, Gesamtschulen (Sekundarstufe I)

Der Klassenfrequenzrichtwert in der Realschule und in der Sekundarstufe I des Gymnasiums und der Gesamtschule beträgt 27. Es gilt die Bandbreite 25 bis 29.

Wenn rechnerisch pro Parallelklasse mindestens zwei Schülerinnen und Schüler mit festgestelltem sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf aufgenommen werden und im Durchschnitt aller Parallelklassen die Bandbreite eingehalten wird, kann die Bandbreite in Klassen des Gemeinsamen Lernens unterschritten werden.

Über- oder Unterschreitungen der Bandbreite sind unter den in § 6 Abs. 5 der Verordnung genannten Bedingungen möglich.

Gymnasiale Oberstufe

In der gymnasialen Oberstufe (Gymnasium, Gesamtschule) beträgt der Klassenfrequenzrichtwert 19,5. Grundkurse und Leistungskurse dürfen nur in dem Maße gebildet werden, dass die durchschnittliche Teilnehmerzahl dieser Kurse in der gymnasialen Oberstufe diesen Wert nicht unterschreitet.

Förderschulen

Für Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen beträgt der Klassenfrequenzrichtwert 14 und der Klassenfrequenzhöchstwert 19. Für den Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung beläuft sich der Klassenfrequenzrichtwert auf 13, der Höchstwert auf 17 Schülerinnen und Schüler.

Für die übrigen Förderschwerpunkte gelten abweichende Werte.

II. Schülerzahlenprognose

Grundlage für die Schulentwicklungsplanung ist die von GB 3 – Statistik und empirische Forschung (SeFo) – in Zusammenarbeit mit der Abteilung 5/4 Schulen erstellte Schülerzahlenprognose. Sie bezieht sich auf die Schuljahre 2023/2024 bis 2027/2028 und ist Anhaltspunkt dafür, wie sich die Schülerzahlenentwicklung in diesen Schuljahren auf der Basis der bisherigen Erfahrungswerte darstellen könnte. Die Schülerzahlenprognose ist als **Anlage** beigelegt.

1. Schülerzahlenprognose Grundschulen

Im Prognosezeitraum steigen die Schülerzahlen der Siegener Grundschulen leicht an. Von 3.531 Schülerinnen und Schülern im Basisschuljahr 2022/2023 wachsen die Schülerzahlen um 505 (14,3%) auf 4.036 Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2027/2028 an.

Der Anstieg erstreckt sich auf alle drei Planungsbereiche (Nord, Mitte und Süd), wobei die höchste Steigerung in Siegen-Mitte zu verzeichnen ist.

Im Folgenden werden die Entwicklungen im Grundschulbereich tabellarisch abgebildet.

	Basisjahr 2022/2023	Prognosejahr 2027/2028	Zuwachs/Rückgang absolut	prozentual
Albert-Schweitzer-Schule	286	417	131	45,80%
Birlenbacher Schule	209	185	-24	-11,48%
Friedrich-Flender-Schule	128	118	-10	-7,81%
Geisweider Schule	236	190	-46	-19,49%
Glückaufschule	200	234	34	17,00%
Jung-Stilling-Schule	249	328	79	31,73%
GS Siegen-Nord	1.308	1.472	164	12,54%
Diesterwegschule	200	216	16	8,00%
Giersbergschule	186	216	30	16,13%
GS Kaan-Marienborn	188	226	38	20,21%
Hammerhütter Schule	171	205	34	19,88%
Montessorischule Siegen	188	243	55	29,26%
Nordschule	102	155	53	51,96%
Obenstruthschule	131	158	27	20,61%
Sonnenhangschule	201	214	13	6,47%
Spandauer Schule	204	218	14	6,86%
GS Siegen-Mitte	1.571	1.851	280	17,82%
GS auf dem Hubenfeld	312	313	1	0,32%
GS Eiserfeld	340	400	60	17,65%
GS Siegen-Süd	652	713	61	9,36%
GS insgesamt	3.531	4.036	505	14,30%

Auffällige Abweichungen zwischen den prognostizierten Zahlen für das Schuljahr 2023/2024 und den tatsächlichen Anmeldezahlen (Stand Juni 2023) konnten für folgende Grundschulen festgestellt werden.

Laut Prognose werden an der Albert-Schweitzer-Schule 92 Schulanfänger erwartet, tatsächlich wurden 100 Kinder für die Jahrgangsstufe 1 angemeldet. Bedingt wird dies unter anderem durch einen Überhang an der Geisweider Schule. Die Bildung von vier Eingangsklassen ist an der Albert-Schweitzer-Schule notwendig.

Für die Jung-Stilling-Schule werden 65 Erstklässler prognostiziert, angemeldet wurden 80 Schulanfängerkinder. Es werden drei Eingangsklassen gebildet.

Die Zahl der Erstklässler der Sonnenhangschule liegt prognostisch bei 60, faktisch wurden 51 Kinder angemeldet. Es werden daher 2 Eingangsklassen gebildet.

Laut Prognose werden an der Grundschule auf dem Hubenfeld 84 Schulanfängerkinder erwartet. Angemeldet wurden 92 Kinder. Dies lässt die Bildung von insgesamt 4 Eingangsklassen zu. Eine Umverteilung zwischen den Standorten ist nicht nötig.

Für die Grundschule Eiserfeld wurden 87 Schulanfänger prognostiziert. Die Anmeldezahl liegt bei 85. Es wurden 3 Eingangsklassen eingerichtet. Allerdings konnten am Hauptstandort

nicht alle Anmeldungen angenommen werden, so dass einige Kinder an den Teilstandort verwiesen werden mussten.

2. Schülerzahlenprognose weiterführende Schulen

Die Entwicklung der weiterführenden Schulen ist der folgenden Tabelle zu entnehmen. Besonderheiten werden darunter näher erläutert.

	Basisjahr 2022/2023	Prognosejahr 2027/2028	Zuwachs/Rückgang absolut	prozentual
Realschule Am Oberen Schloss	515	549	34	6,60%
Realschule Auf der Morgenröthe	308	259	-49	-15,91%
Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium	639	821	182	28,48%
Gymnasium Am Löhrtor	722	1.015	293	40,58%
Gymnasium Auf der Morgenröthe	509	765	256	50,29%
Bertha-von-Suttner-Gesamtschule	1.101	1.165	64	5,81%
Gesamtschule Am Rosterberg		546	546	
Gesamtschule Auf dem Schießberg	682	822	140	20,53%
Gesamtschule Eiserfeld	1.198	1.271	73	6,09%
Pestalozzischule	248	297	49	19,76%

Es ist darauf hinzuweisen, dass die Steigerung der Schülerzahlen in Wirklichkeit nicht ganz so drastisch ausfallen wird. Hintergrund ist die neue Gesamtschule Am Rosterberg. Da für diese Schule Erfahrungswerte aus der Vergangenheit fehlen, muss von der üblichen Berechnungsmethodik abgewichen werden. Die künftigen Schülerzahlen basieren auf der Annahme, dass jeweils vier Eingangsklassen à 27 Schülerinnen und Schülern (Klassenfrequenzrichtwert) gebildet werden. Wenn man nur die Schülerzahlen der Achenbacher Schule und die des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums anteilig annehmen würde, würde die Mindestschülerzahl einer Gesamtschule von 100 nicht erreicht. Aber da eben auch unklar ist, ob die neue Gesamtschule eher Schülerpotenzial der Realschulen, der anderen Gesamtschulen oder der Gymnasien abgreift, kommt eine Reduzierung der Schülerzahlen einzelner Schulen nicht in Frage. Bezogen auf die Gesamtschülerzahl der weiterführenden Schulen ist ein Zuwachs von insgesamt 15,45 % (1.018 Schülerinnen und Schüler) realistisch.

Die Achenbacher Schule beschulte 289 Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2022/2023. Sie konnte für das Schuljahr 2023/2024 keine Eingangsklasse bilden, da nach Abschluss des Anmeldeverfahrens lediglich 3 Anmeldungen vorlagen. Da diese Entwicklung keine gesicherte Prognose zulässt, wird angenommen, dass auch in den kommenden Schuljahren faktisch keine Eingangsklassen mehr zustande kommen. Es ist demnach weiter mit rückläufigen Schülerzahlen zu rechnen, so dass im Prognosejahr 2027/2028 voraussichtlich nur noch 40 Schülerinnen und Schüler vorhanden sind. Das Schülerpotenzial wird rechnerisch der Gesamtschule Am Rosterberg zugeordnet.

Die Realschule Auf der Morgenröthe liegt im Prognosejahr 2024/2025 voraussichtlich mit 47 Anmeldungen unterhalb der Mindestgröße.

Grundsätzlich müssen Realschulen mindestens zwei Parallelklassen pro Jahrgang haben. Für zwei eigenständige Realschulen werden insgesamt also 100 Anmeldungen benötigt. Sollten weniger Anmeldungen vorliegen, muss der Schulträger entscheiden, an welcher Realschule wie viele Eingangsklassen gebildet werden können.

Da das Peter-Paul-Rubens-Gymnasium ab dem Schuljahr 2022/2023 sukzessive aufgelöst wird, sinken die Schülerzahlen dort kontinuierlich. Das Eingangsklassenpotenzial wird ab dem Schuljahr 2023/2024 etwa hälftig dem Gymnasium Am Löhrtor und der Gesamtschule Am Rosterberg zugeschlagen.

Das Gymnasium Auf der Morgenröthe weist einen enormen Anstieg der Schülerzahlen auf.

Im Schuljahr 2022/2023 werden an der Pestalozzischule insgesamt 248 Schülerinnen und Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung in den Förderschwerpunkten Lernen sowie Emotionale und soziale Entwicklung beschult. Für die folgenden Schuljahre werden insgesamt betrachtet steigende Schülerzahlen erwartet.

Für den Hauptstandort Westerwaldstraße 50 wird ein Zuwachs der Schülerzahl prognostiziert. Von 181 Schülerinnen und Schülern im Schuljahr 2022/2023 könnte die Schülerzahl auf 236 im Schuljahr 2027/2028 steigen (30,39%).

Für den Teilstandort Freudenberg, ehemalige Osterbergschule, ist dagegen mit einem Sinken der Schülerzahlen zu rechnen. So wird die Schülerzahl von 67 im Basisjahr 2022/2023 auf voraussichtlich 61 Schülerinnen und Schüler (- 8,96%) im Schuljahr 2027/2028 fallen.

Die für eine im Verbund geführte Förderschule vorgeschriebene Mindestgröße von 112 Schülerinnen und Schülern wird im gesamten Prognosezeitraum deutlich überschritten. Jedoch ist für die Errichtung und Fortführung eines Förderschulverbundes an jedem Teilstandort mindestens die Hälfte der vorgeschriebenen Mindestschülerzahl erforderlich. Diese Schülerzahl von 56 Schülerinnen und Schülern wird für den Teilstandort im Prognosejahr 2026/2027 einmalig unterschritten.

III. Handlungsbedarf

Für die Schulform **Grundschule** gilt es, sowohl Entscheidungen zu treffen, geplante Projekte umzusetzen als auch weitere Prüfungen vorzunehmen.

Um die Albert-Schweitzer-Schule vierzünftig führen zu können und den Containerbau als Übergangslösung zu ersetzen, muss zeitnah über eine dauerhafte Alternative entschieden werden. Es wird auf die Verwaltungsvorlagen 3146/2020, 391/2021 und 664/2021 verwiesen, in denen der Bedarf nach einem vierzügigen Ausbau der Schule dargelegt wurde. Damit wäre der Planungsbereich Siegen-Nord mit ausreichenden Schulplätzen versorgt.

Sofern das Bauvorhaben Spandauer Schule (Ausbau zu einer dreizügigen Grundschule am Standort Häusling) wie geplant umgesetzt werden kann, dürften die schulischen Kapazitäten in Siegen-Mitte ausreichen.

Eine Erweiterung der Grundschulkapazitäten im Siegener Süden ist anzuraten und sollte geprüft werden.

Die festgelegten Zügigkeiten der **Gymnasien** (10 Züge) für die in Siegen wohnhaften Schülerinnen und Schüler werden voraussichtlich ausreichen. Möglicherweise muss aber von der Möglichkeit des Ausschlusses auswärtiger Kinder mit eigenem Gymnasium in der Heimatkommune gemacht werden.

Betrachtet man die Schülerzahlenprognose sowie die bestehenden Kapazitäten der **Gesamtschulen** (18 Züge), müssen an den mittlerweile vier Gesamtschulen voraussichtlich zeitnah weitere Plätze geschaffen werden. Gegebenenfalls müssen hier auch Kinder aus Rheinland-Pfalz abgewiesen werden, da diese keinen Anspruch auf eine Beschulung in Nordrhein-Westfalen haben.

Schulorganisatorischer Handlungsbedarf ergibt sich voraussichtlich für die **Förderschule** Pestalozzischule. Da am Teilstandort in Freudenberg im Prognosejahr 2026/2027 die vorgeschriebene Mindestschülerzahl von 56 nicht erreicht wird, muss der Schulträger tätig werden. Welche Schritte sinnvoll und notwendig sind, wird zu gegebener Zeit mit der unteren Schulaufsicht und der Stadt Freudenberg besprochen.

Zwischen allen **Raumprogrammen** und der Schülerzahlenentwicklung der einzelnen Schulen ist generell ein Abgleich vorzunehmen, so dass gegebenenfalls notwendige Handlungsbedarfe abgeleitet werden können.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja

Erläuterung Klimarelevanz
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)

im Auftrag

gez.

A. Schmidt
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage:
Schülerzahlenprognose